

USA

Gleichgewicht des Schreckens

Um die Wahl zu gewinnen, müssen Barack Obama und Mitt Romney möglichst jeden Stammwähler mobilisieren. Dabei helfen keine Programme mehr, jetzt gilt es, den Gegner schlechtzureden.

Jede einzelne Stimme tut ihr jetzt gut, jedes Dezibel Jubel. Michelle Joseph hat die Arme vor der Brust verschränkt, aber jedes Mal, wenn Mitt Romney etwas sagt und der Applaus im Freilichttheater von Henderson, Nevada, anschwillt, wächst ihre Zuversicht. Sie klatscht mit, vorsichtig erst, aber dann immer befreiter. Ist das der Mitt Romney, vor dem ihre demokratischen Freunde sie gewarnt hatten? Der Mitt Romney aus den Werbespots? Der abgehobene Multimillionär? Das angebliche Monster?

Michelle Joseph kann den Kandidaten von ihrem Platz aus gut sehen. Er steht da, siegessicher, getragen von seinem jüngsten Erfolg in den vielen Umfragen, in denen er vor Barack Obama liegt. Mal einen, mal zwei, zuletzt in einer Erhebung von ABC und „Washington Post“ sogar drei Punkte.

Joseph applaudiert einem Mann, der tausendmal mehr verdient als sie, die Verkäuferin bei der Kaufhauskette Kohl's. Der ein rückständiges Frauenbild pflegt, gegen Obamas Gesetz wettert, das gleichen Lohn für Frauen vorschreibt, und der sich wohl kaum vorstellen kann, wie es gewesen sein muss, als ihre Eltern aus Mexiko einwanderten und so arm waren, dass ihre Mutter Fleisch mit Dosendeckeln schneiden musste, weil das Geld für ein Messer fehlte.

Aber als strenggläubige Katholikin, sagt sie, kann sie, wenn überhaupt, nur einen Republikaner wählen, allein der Abtreibungsfrage wegen. Sie sagt, sie kann nur Romney oder gar nicht wählen.

Alles, was er dort auf der Bühne sagt, nimmt sie mehr für ihn ein. Es lässt sie die entsetzten Fragen von Freunden und Kollegen vergessen, die ungläubigen Blicke, wenn sie ihnen erklärte, dass sie keinesfalls Obama wählen könne. Der Jubel wird lauter, wenn Romney Angst vor einer zwei-

ten Amtszeit Obamas schürt. Wenn er sagt, dass Obama Amerika heruntergewirtschaftet habe und dass Obama, der heimliche Sozialist, aus Amerika ein zweites Griechenland machen werde. Sie fragt sich jetzt, was ihre Freunde überhaupt wollen. Ist nicht Obama das Monster?

Angst aufzubauen vor dem jeweils anderen ist entscheidend in diesem Wahlkampf. Lange hatte Obama deshalb einen Vorteil. Er führte in den Umfragen, so lange Romney Millionen Wählern weitgehend unbekannt war. Obama attackierte ihn mit einer Flut von TV-Spots, in denen er Romney als skrupellosen Kapitalisten darstellen ließ, als einen Feind der Mittelklasse, der als Chef der Investmentfirma Bain Capital Arbeitsplätze gestrichen hatte, um seine Gewinne zu steigern.

Erst seit Romney in der ersten Fernsehdebatte vor einem Millionenpublikum

zurückschlagen konnte, herrscht ein prekäres Gleichgewicht, eine Art Gleichgewicht des Schreckens.

Beiden Kandidaten fällt es schwer, mit konkreten Programmen Begeisterung zu wecken. Obama wird, egal was er an neuen Vorhaben verspricht, an der durchwachsenen Bilanz seiner ersten Amtszeit gemessen. Und Romney hat, im vergeblichen Versuch, allen in seiner Partei zu gefallen, seine Positionen so oft verändert, dass jeder nun für den Romney stimmen kann, der ihm am besten gefällt.

Es sind deshalb die Unterschiede, manchmal auch nur Nuancen, die ins Unendliche vergrößert werden, als hätten beide Lager nichts mehr gemein. Und so steht auf der einen Seite Obama, der Sozialist, der Amerika in den Staatsbankrott führt, und auf der anderen Romney, der Plutokrat, der den Ärmsten Amerikas die Essenmarken streichen will. Es geht um Unterstellungen und Feindbilder und den dauernden Vorwurf, der jeweils andere werde Amerika verraten.

Die meisten Wähler haben sich früh auf eine der beiden Seiten geschlagen. Gerade zwei Prozent der eingeschriebenen Wahlbürger schwanken noch zwischen den Kandidaten. Es geht daher für beide Seiten darum, ihre Stammwähler zu mobilisieren. Um sie in die Wahllokale zu treiben, müssen sie die Furcht vor dem politischen Gegner schüren.

Selten zuvor war der Satz so zutreffend, den der „New York Times“-Kolumnist Ross Douthat jüngst sagte: „Letztlich kommt es bei Wahlen nicht darauf an, welchen Kandidaten du am liebsten magst, sondern welchen Kandidaten du mehr hasst.“

Vieles hängt von der Stimmung in den Swing States ab, jenen neun Staaten, die entscheidend sein werden, um die Wahlen zu gewinnen. Beide Parteien zerstückeln die Wählerschar in handliche kleine



JOSH RICHIE / DER SPIEGEL

„Unsere Clubmitglieder schwanken derzeit hin und her.“

MARVIN MANNING

in einer Synagoge in Boca Raton, Florida



Sängerin Katy Perry auf Obama-Veranstaltung in Las Vegas: Dieser Wahlkampf ist nicht mehr mit Argumenten zu gewinnen

IMAGO

Gruppen, um Zögerliche zu motivieren, in jedem Fall wählen zu gehen. Die Kampagnenmanager haben ihre Strategien verfeinert, um bestimmte Bevölkerungsgruppen zielgenau ansprechen zu können. Romney vor allem die weißen Arbeiter in Ohio und Virginia, die Evangelikalen im Bible Belt, die Waffenfreunde in Colorado. Und Obama die Frauen in Virginia, die Studenten in Iowa, die Latinos in Nevada und die jüdischen Wähler in New York und Florida.

Marvin Manning, Amerikaner jüdischen Glaubens und registrierter Demokrat, ist einer von denen, um die es jetzt geht. Er sitzt im „Clubhouse“, dem Treffpunkt der Demokraten von Boca Raton in Florida, vor einem Springbrunnen und schaut, als habe ihn der Glaube verlassen. Gerade hat er ein Treffen des örtlichen „Democratic Club“ abgehalten, und wieder war die Runde kleiner geworden. Fast 80 Prozent der Bewohner seiner Seniorensiedlung bei Boca Raton sind jüdischen Glaubens, und wenn sie alle zur Wahl gingen, wäre das ein großer Vorteil für die Demokraten. Manning, 86, ist unrasiert, er trägt ein ausgebleichenes T-Shirt und Shorts. Früher hat er eine Kette von Juwelierläden gemanagt, dann ging er in

Rente. Jetzt würde er gern als Präsident des Demokraten-Clubs in den Ruhestand gehen. Mit einem letzten, großen Erfolg.

Nur rund zwei Prozent der Amerikaner sind Juden, doch ihr Einfluss ist weit größer. Jüdische US-Bürger sind politisch engagiert, gehen regelmäßig in großer Zahl zu den Wahlen, und sie leben vor allem in jenen Bundesstaaten, in denen sich die Zahl von Republikanern und Demokraten weitgehend die Waage hält, wo also relativ wenige Wähler den Wahlausgang entscheiden können. 148 000 Juden leben allein in Ohio, 295 000 sind es in Pennsylvania, über eine halbe Million in Florida.

2008 war ein großes Jahr für den Parteiarbeiter Manning. Seine Leute standen hinter Obama, auch wenn der vier Jahre in Indonesien gelebt hatte, einem islamischen Land, und in Reden eine Aussöhnung mit der islamischen Welt versprach. Vier von fünf jüdischen Wählern gaben Obama damals ihre Stimme. Und Manning verbuchte das Ergebnis in seinem Wahlkreis auch als einen persönlichen Erfolg, als Bestätigung seines Einflusses.

Diesmal aber sieht er überall die großen Plakate in Boca Raton, auf denen steht: „Freunde lassen nicht zu, dass Freunde

von Atombomben ausgelöscht werden.“ Es geht um Israel und die iranische Bombe, das Thema, das alles beherrscht. „Unsere Clubmitglieder schwanken derzeit hin und her, mal sind sie für Romney, mal für Obama“, sagt Manning. Es reicht ihnen nicht, dass Obama Israel nur den „besten Freund“ Amerikas nennt.

„Meine Freunde vertrauen Obama einfach nicht mehr, wenn es um Irans Atomprogramm geht“, sagt Manning. „Israel ist so ein kleines Land.“ Mit seinem Finger malt er die Welt auf den Tisch, einen großen Kreis, und danach Israel, so groß wie eine Erbse: „Es kann so leicht ausgelöscht werden.“

Er weiß, wie gefährlich es ist, wenn die Begeisterung für Obama verfliegt. „Wenn meine Leute nicht wählen gehen, ist das wie eine Stimme für Romney.“ Ein Besuch Obamas würde jetzt helfen. „Er müsste uns das persönlich erklären“, sagt er. Aber was soll Obama erklären? Es gibt eigentlich nichts mehr zu sagen.

In der dritten Fernsehdebatte vergangene Woche haben sie auch über Israel gesprochen. Romney hatte die Ängste geschürt, die sie auch in Boca Raton haben. Er unterstellte Obama, dass der Präsident sich zu weit von Israel entfernt habe, sag-



STEPHEN CROWLEY / ANIT / LANF

Kandidat Romney (r.): Am Ende geht es um Amerikas Macht, um Amerikas Größe

te aber nicht, was er anders machen würde. Er lobte stattdessen die Afghanistan-Politik des Präsidenten, den Drohnenkrieg, die Entscheidung, den Krieg im Irak zu beenden, er sagte nichts anderes zu Iran als der Präsident auch.

Obama hat inzwischen verstanden, dass dieser Wahlkampf nicht mehr mit Argumenten zu gewinnen ist. Deshalb scheut er auch vor verben Ausdrücken nicht zurück und sagt, sein Rivale rede „Bullshit“, ein Ausdruck, den höfliche Amerikaner niemals benutzen würden. Vor sieben Wochen hatte er bei seinem Parteitag in Charlotte Bill Clinton die wichtigste Rolle gegeben. Einem Mann, der nicht nur Obamas Politik besser erklären konnte, als er selbst das vermochte, sondern auch an die guten Zeiten erinnern sollte, als Amerikas Wirtschaft noch prosperierte und das Land im Zenit seiner Macht stand.

Als Obama vor fünf Jahren in den Wahlkampf zog, war es genau diese Zeit, die Ära Bill Clinton, von der er sich abgrenzen wollte, zumal er gegen Hillary Clinton einen harten Vorwahlkampf geführt hatte. Nun schickt er den Ex-Präsidenten nach Ohio, den wohl wichtigsten Swing State in diesem Wahlkampf, Obamas „Firewall“ gegen die mögliche Niederlage. Seit 1964 ist kein Präsident ins Weiße Haus gezogen, der nicht auch in Ohio gewonnen hätte.

Vor zehn Tagen tritt Bill Clinton dort das erste Mal auf, in Parma, 15 Autominuten von Cleveland entfernt. Es ist einer dieser tristen Vororte in Ohio, grauer Himmel, Amerikas Ruhrpott. Clinton

* Mit Vizepräsidentenskandidat Paul Ryan in Denver.

steht in der Turnhalle des Community College, unter hochgeklappten Basketballkörben. Eine halbe Stunde redet er, und die meiste Zeit über den Schaden, den Romney in Amerika anrichten würde. Er lästert, dass der vermeintlich so patriotische Multimillionär beim Steuersparen wenig Patriotismus zeige und seine Millionen in Steueroasen rund um den Globus verstecke.

„Ich bin es leid, dass er seine Karten nicht offen auf den Tisch legt“, ruft Clinton, „denkt er eigentlich, wir sind blöd?“ Klare Worte. Dann tritt Bruce Springsteen neben ihm auf die Bühne, krepelt die Hemdsärmel hoch und singt eine seiner Balladen, die von kleinen Leuten handeln. „Ein Staat ist nur so stark, wie er für seine Schwächsten da ist“, ruft Springsteen ins Publikum.

Dort stehen Leute wie Chuck Montague. Vor vier Jahren arbeitete er noch bei einer kleinen Zeitung in der Gegend; der geht es mittlerweile so schlecht, dass Montague gehen musste. „Es war eine ziemliche Umstellung“, sagt er, „dieses Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden.“ Er ist jetzt 66 Jahre alt, und die Chancen, dass er noch einmal einen Job wie früher bekommt, sind gering. Weiße Amerikaner wie er sind bei dieser Wahl die größte Gefahr für Obama. Sie sind enttäuscht und suchen nach einer Alternative.

Montague hatte mehr von Obama erwartet. Der Präsident war nicht so führungsstark, wie Montague sich das gewünscht hatte, und die Wirtschaft kommt auch noch nicht in Schwung. Aber Romney? Wofür steht Romney eigentlich?

Er wippt zu Springsteens Song vom „Promised Land“, dem Song darüber,

dass ein Leben in Amerika letztlich doch noch immer eine Verheißung sei. Und plötzlich findet er auch Argumente dafür. „Man muss ihm doch zugutehalten, dass er Osama Bin Laden getötet hat“, sagt er.

Am Ende geht es immer noch darum: um Amerikas Macht, um Amerikas Größe. Seit den neunziger Jahren hat das Land für alle spürbar an Einfluss verloren. Das ist die neue Realität, an die sich die Amerikaner über die Parteigrenzen hinweg nicht gewöhnen können.

Eine gute Woche bleibt noch bis zur Wahl, und die Frage ist, ob es Romney gelingt, die letzten innerparteilichen Zweifler zu mobilisieren, vielleicht sogar die Millionen fundamentalistischer Christen, die ihn wegen seines mormonischen Glaubens eigentlich gar nicht wählen wollten. 2004 haben sie George W. Bush zur Wiederwahl verholfen, aber die Vorbehalte gegen Romney sind enorm, weil sein Glaube ihren Glauben in Frage stellt, die Bibel für ihn als Mormonen nicht die einzige Quelle ewiger Wahrheit ist.

Es ist der vielleicht entscheidende Gradmesser im Wahlkampf der Angst zwischen Obama und Romney: Reicht der Abscheu gegenüber Obama aus, damit selbst evangelikale Christen und ein Mormone zusammenfinden zu einer großen, neuen Koalition? Verbünden sich die Vertreter zweier Kirchen, die sich mit Misstrauen und Skepsis betrachten, um Obama zu verhindern und Romney zu wählen?

„Mormonismus ist eine falsche Religion, sie ist eine Art Kult“, hatte der einflussreiche evangelikale Pastor Robert Jeffress im Vorwahlkampf gerufen, als Romney noch nicht als Präsidentschaftskandidat feststand. Mormonen waren seine Feinde, aber jetzt gibt es noch einen größeren Feind.

Seit Wochen tourt Jeffress durch zehn amerikanische Städte, um andere evangelikale Pastoren davon zu überzeugen, dass ihre Gemeindeglieder zur Wahl gehen und für Romney stimmen müssen. Der Pastor sagt, es gehe dabei nicht um Parteipolitik, nicht um Demokraten und Republikaner, es gehe um das, was richtig, und um das, was falsch ist, um Anstand.

„Ich glaube noch immer, dass Mormonismus die Menschen dem wahren Gott nicht näher bringt, sondern von ihm entfernt.“ Aber die Angst vor Obama ist größer, dem Kandidaten der anderen Partei, den so viele für einen Muslim halten. Das ist der entscheidende Punkt. „Romney“, sagt Jeffress, „ist das kleinere Übel.“

MARC HUJER, GREGOR PETER SCHMITZ



Video:
Marc Hujer über den
US-Wahlkampf

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „Scanlife“. spiegel.de/app442012wahlkampf